

## Mehr als ein Grounding

**Der Absturz des Kampfjets Gripen schwächt nicht nur die Luftwaffe. Die Armee insgesamt ist im Volk nicht mehr felsenfest verankert.**

René Zeller (rz)

Es darf gerätselt werden. Haben die bürgerlichen Protagonisten des Kampfjets Gripen zu spät gemerkt, dass ihre Kampagne im Volk nicht verding? Haben sie die Westschweiz sträflich vernachlässigt? Waren die haarsträubenden Depeschen des schwedischen Botschafters jenseits des Erträglichen? Haben die cleveren Gegner des vielgeschmähten «Papierfliegers» Misstritte der schwedischen Herstellerfirma Saab und Dissonanzen im bürgerlichen Lager gekonnt zu ihren Gunsten ausgewalzt?

Es ist müssig, Schuldige zu benennen. Der Souverän hat sich gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge entschieden. Der direktdemokratische Imperativ ist zu respektieren – auch von Ueli Maurer, dem grossen Verlierer des Urnengangs. Im Abstimmungskampf hatte der Verteidigungsminister betont, er brauche gewiss keinen «Plan B», weil er gewinnen werde. Falls wider Erwarten das Unmögliche trotzdem eintreffen würde, müsste das Volksverdikt zuerst tiefenscharf analysiert werden. Was nun, Ueli Maurer?

### **Kein Vertrag mit Schweden**

Der Spielraum für Interpretationen ist eng. Klar ist zunächst, dass der mit dem schwedischen Staat ausgehandelte Kaufvertrag nicht unterzeichnet werden kann. Der Souverän will nicht, dass dereinst Kampfflugzeuge der Herstellerfirma Saab über der Schweiz patrouillieren. Dass sich Ueli Maurer wiederholt für eine intensiviertere schwedisch-eidgenössische Kooperation in Sicherheitsfragen ausgesprochen hat, die über den Gripen-Deal hinausgeht, ändert daran nichts. Das mag bedauerlich sein, zumal in militärischen Ausbildungsfragen wie auch im Rüstungsbereich sinnvolle Synergien denkbar sind. Das Schweizervolk hat möglichen

Kooperationen mit Schweden nicht prinzipiell einen Riegel geschoben. Aber so viel ist klar: Der Soverän hat das Gripen-Projekt gegroundet.

Das Nein des Soveräns kommt darüber hinaus einem Moratorium gleich. Die Schweizer Luftwaffe wird bald nur noch über die F/A-18-Flotte verfügen. Die amerikanischen Kampjets, denen das Stimmvolk vor 21 Jahren die Starterlaubnis gegeben hatte, müssen noch eine Weile weiterfliegen – und schon demnächst solo. Die Ausserdienststellung der völlig veralteten Tiger-Flotte wird laut den Verantwortlichen der Luftwaffe 2016 spruchreif. Es wäre unredlich und auch unsinnig, nach dem Nein zum Gripen darauf zurückzukommen. Es sei denn, die Schweiz wolle, dass sich potenzielle Kontrahenten im Angesicht der aviatischen Oldtimer totlachten.

Den «Plan B» hat der Soverän somit bestimmt. Die einstmals stolze Schweizer Luftwaffe wird sich zwangsläufig darin einrichten müssen, bis mindestens 2025 mit einer Handvoll F/A-18 zu kutschieren. Integrierter Bestand des «Plans B» bleibt die Hoffnung, dass das breite Aufgabenspektrum – vom alltäglichen Luftpolizeidienst über den Konferenzschutz bis zu unerwarteten Ernstfällen – gemeistert werden kann. Wenn sich herausstellen sollte, dass die Luftwaffe angesichts der knappen Mittel weiterhin nur zu Bürozeiten die Sicherheit im Luftraum gewährleisten kann, so sollte darüber nicht länger lamentiert werden – am wenigsten von jenen politischen Kräften, die den Gripen abgeschossen haben. Das Volk hat eine «Luftwaffe light» gewollt.

### **Der Wehrwille bröckelt**

Mindestens so schwer wiegt, dass die Armee insgesamt regelrecht durchgeschüttelt wird. Die Institution hat seit der ersten Abschaffungsinitiative von 1989 unzählige Angriffe von links unversehrt überstanden. So tief, wie ihre bürgerlichen Befürworter glaubten, ist die militärische Landesverteidigung offenkundig nicht mehr im Volk verankert. Das ist die Erkenntnis, die das Nein zum Kampjet Gripen sekundiert. Der Wehrwille bröckelt.

Das Nein vom Sonntag könnte zur Folge haben, dass teure Rüstungsvorhaben künftig prinzipiell auf der Kippe stehen. Das Armeebudget wird noch heftiger umkämpft sein als bisher. Die Linke wird den Steilpass dankbar aufnehmen. Und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), die sich in den letzten Wochen der generalstabsmässig gedrechselten

Anti-Gripen-Kampagne untergeordnet und abstimmungstaktisch eingegraben hatte, wird wieder pazifistische Luntten zünden.

Vollends ein Fiasko droht, wenn neben dem Gripen-Kauf auch die angepeilte Reform der Armee scheitern würde. Diesbezüglich ist in den letzten Jahren viel bedenkenswerte Gedankenarbeit geleistet worden. Das Bestreben, die Armee auf die wahrscheinlichsten Risiken auszurichten, zielt in die richtige Richtung. Weder das rot-grüne Anti-Gripen-Bündnis noch die grünliberalen Steigbügelhalter haben im Abstimmungskampf glaubwürdige Alternativen zur Weiterentwicklung der Armee skizziert. Es ist einfach, Nein zu sagen. Unklar bleibt vorderhand, wer dennoch Ja sagt zu einer Landesverteidigung, die diesen Namen noch halbwegs verdient. Spätestens bei der Debatte um die nächste Armeereform werden auch jene Farbe bekennen müssen, die den Gripen gebodigt haben.